

Entsorgungssatzung und Bekanntmachung der Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfall- Sammel- und Transportverbandes Oberberg (ASTO) vom 28. November 2023

1. Entsorgungssatzung

Aufgrund

- der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. 1994 S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490), in der jeweils geltenden Fassung;
- des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I 2012, S. 212 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56), in der jeweils geltenden Fassung;
- des § 7 der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700), in der jeweils geltenden Fassung;
- des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG) vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I 2015, S. 1739 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240), in der jeweils geltenden Fassung;
- des Batteriegesetzes (BattG) vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1582), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. November 2020 (BGBl. I S. 2280), in der jeweils geltenden Fassung;
- des Verpackungsgesetzes (VerpackG) vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2234), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 124), in der jeweils geltenden Fassung;
- der §§ 5, 8 und 9 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeskreislaufwirtschaftsgesetz – LKrWG NRW) vom 21. Juni 1988 (GV. NW. 1988 S. 250), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juni 2023 (GV. NRW. S. 443), in der jeweils geltenden Fassung;
- des § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 14. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 73), in der jeweils geltenden Fassung;

hat die Verbandsversammlung des Abfall- Sammel- und Transportverbandes Oberberg (ASTO) in ihrer Sitzung am 13.11.2023 folgende Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfall- Sammel- und Transportverbandes Oberberg (ASTO) beschlossen:

§ 1

Aufgaben und Ziele

- (1) Der Verband betreibt die Abfallentsorgung in seinem Gebiet nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung. Diese öffentliche Einrichtung wird als "kommunale Abfallentsorgungseinrichtung" bezeichnet und bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.
- (2) Der Verband erfüllt insbesondere folgende abfallwirtschaftliche Aufgaben, die ihm gesetzlich zugewiesen sind:
 1. Einsammeln und Befördern von Abfällen, die im Verbandsgebiet anfallen.
 2. Information und Beratung über die Möglichkeiten der Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen (§ 46 KrWG i.V.m. § 3 LKrWG NRW).
- (3) Die Sortierung, Verwertung, Behandlung, Lagerung, Verbrennung und Deponierung der Abfälle wird vom Bergischen Abfallwirtschaftsverband (BAV) nach einer von ihm hierfür erlassenen Abfallsatzung wahrgenommen.

- (4) Der Verband kann sich zur Durchführung der Aufgaben nach den Absätzen 1 und 2 Dritter bedienen (§ 22 KrWG).
- (5) Der Verband wirkt darauf hin, dass bei Veranstaltungen, die auf Grundstücken oder in öffentlichen Einrichtungen seiner Verbandsmitglieder durchgeführt werden, die Maßgaben des § 2 LKrWG NRW beachtet und insbesondere vorrangig Gebrauchsgüter verwendet werden, die sich durch Wiederverwendbarkeit oder Verwertbarkeit auszeichnen.

§ 2

Abfallentsorgungsleistungen des Verbandes

- (1) Die Entsorgung von Abfällen durch den Verband umfasst das Einsammeln und Befördern der Abfälle zu den Abfallentsorgungsanlagen oder Müllumschlagstationen des BAV, wo sie sortiert, der Vorbereitung zur Wiederverwendung, der Verwertung oder der Beseitigung zugeführt werden. Wiederverwertbare Abfälle werden - soweit erforderlich (§ 9 KrWG) – getrennt eingesammelt und befördert, damit sie einer Verwertung zugeführt werden können. Bei den eingesammelten Abfällen handelt es sich insbesondere um Siedlungsabfälle im Sinne des § 3 Abs. 5 a KrWG.
- (2) Im Einzelnen erbringt der Verband gegenüber dem Benutzer der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung folgende Abfallentsorgungsleistungen:
 1. Einsammlung und Beförderung von Restmüll;
 2. Einsammlung und Beförderung von Bioabfällen (§ 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 KrWG). Unter Bioabfällen sind hierbei alle im Abfall enthaltenen biologisch abbaubaren Abfallanteile zu verstehen (vgl. § 3 Abs. 7 KrWG);
 3. Einsammlung und Beförderung von Kunststoffabfällen, soweit es sich nicht um Einweg-Verpackungen im Sinne des § 3 VerpackG handelt (§ 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KrWG);
 4. Einsammlung und Beförderung von Metallabfällen, soweit es sich nicht um Einweg-Verpackungen im Sinne des § 3 VerpackG handelt (§ 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 KrWG);
 5. Einsammlung und Beförderung von Altpapier (§ 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 KrWG); hierzu gehört Altpapier, welches keine Einweg-Verpackung (§ 3 Abs. 1 VerpackG) aus Papier/Pappe/Karton darstellt, wie z. B. Zeitungen, Zeitschriften und Schreibpapier; Einweg-Verkaufsverpackungen aus Pappe/Papier/Karton werden ebenfalls erfasst, sind aber dem privatwirtschaftlichen Dualen System auf der Grundlage der §§ 13 ff. VerpackG zugeordnet (§ 2 Abs. 3 dieser Satzung).
 6. Einsammlung und Beförderung von Glasabfällen, soweit es sich nicht um Einweg-Verpackungen im Sinne des § 3 VerpackG handelt (§ 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 KrWG und § 2 Abs. 3 dieser Satzung);
 7. Einsammlung und Beförderung von Alttextilien (§ 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 KrWG);
 8. Einsammlung und Beförderung von sperrigen Abfällen (Sperrmüll; § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 KrWG);
 9. Einsammlung und Beförderung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) und § 16 Abs. 2 dieser Satzung;
 10. Einsammlung und Beförderung von Altbatterien gemäß § 13 Batteriegesetz (BattG);
 11. Einsammlung und Beförderung von gefährlichen Abfällen in stationären Sammelstellen und/oder mit Schadstoffmobilen (§ 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8 KrWG);
 12. Information und Beratung über die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen (§ 46 KrWG);
- (3) Das Einsammeln und Befördern der Abfälle erfolgt gemäß § 9 und § 9 a KrWG durch eine grundstücksbezogene Abfallentsorgung mit Abfallbehältern (Restabfallbehälter, Bioabfallbehälter, Altpapierbehälter), durch grundstücksbezogene Sammlungen im Holsystem (Einsammlung von Sperrmüll, Einsammlung von großen Elektro- und Elektronik-Altgeräten, Einsammlung von sperrigem Grünabfall) und durch eine getrennte Erfassung von schadstoffhaltigen Abfällen und kleinen Elektro- und Elektronik-Altgeräten in stationären Sammelstellen und/oder durch Schadstoffmobile im Bringsystem. Die näheren Einzelheiten sind in den §§ 4 und 10 bis 16 dieser Satzung geregelt.

- (4) Das Einsammeln und Befördern von gebrauchten Einweg-Verpackungen aus Glas, Papier/Pappe/Karton, Kunststoffen, Verbundstoffen erfolgt im Rahmen der rein privatwirtschaftlichen Dualen Systeme zur Einsammlung, Sortierung und Verwertung von gebrauchten Einweg-Verpackungen auf der Grundlage der §§ 13 ff. des VerpackG. Diese privatwirtschaftlichen Dualen Systeme sind kein Bestandteil der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtung der Stadt/Gemeinde. Es werden im Rahmen dieser Satzung und unter Berücksichtigung der Abstimmungsvereinbarung mit den privaten Systembetreibern gemäß § 22 VerpackG lediglich flankierende Regelungen dahin getroffen, welche Abfälle (Einwegverpackungen) in die Erfassungsbehältnisse (z. B. gelbe Tonne, gelber Sack, Altglascontainer) der privatwirtschaftlichen Systeme eingeworfen werden können. Die Erfassung von Einweg-Verpackungen aus Papier/Pappe/Karton erfolgt gemeinsam über die öffentlich-rechtliche Altpapiererfassung für Druckerzeugnisse, Zeitungen, Zeitschriften (z. B. Altpapierbehälter, dezentral aufgestellte Altpapier-Großbehälter, Abgabemöglichkeit an einem Wertstoffhof).
- (5) Durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen sind die Aufgabe der Sammlung und Beförderung von Textilien und Schuhen, die Aufgabe der Einrichtung und des Betriebes von Sammelstellen, an denen Elektro- und Elektronikaltgeräte gemäß § 9 Abs. 3 ElektroG angeliefert werden können, die Aufgabe der Bereitstellung der von den Herstellern abzuholenden Elektro- und Elektronikaltgeräte gemäß § 9 Abs. 4 ElektroG, die Aufgabe der Anzeige gemäß § 9 Abs. 5 Satz 5 ElektroG und die Berechtigung zur Ausübung des Optionsrechts nach § 9 Abs. 6 ElektroG auf den Bergischen Abfallwirtschaftsverband übertragen worden. Diese Abfallentsorgungsleistungen sind formalrechtlich und kostenmäßig nicht Bestandteil der Abfallentsorgungseinrichtungen des Verbandes. Bezieht sich die Satzung auf diese Entsorgungsteilleistungen der Absätze 4 und 5, hat dies insoweit lediglich deklaratorischen Charakter.

§ 3

Ausgeschlossene Abfälle

- (1) Vom Einsammeln und Befördern durch den Verband sind gemäß § 20 Abs. 3 KrWG mit Zustimmung des Landrates des oberbergischen Kreises als untere staatliche Verwaltungsbehörde ausgeschlossen:
1. Abfälle, die aufgrund eines Gesetzes (z.B. VerpackG) oder einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG einer Rücknahmepflicht unterliegen, bei denen entsprechende Rücknahmevorrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen und bei denen der Verband nicht durch Erfassung als ihm übertragene Aufgabe bei der Rücknahme mitwirkt (§ 20 Abs. 3 Satz 1 KrWG).
 2. Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere aus Gewerbe- und Industriebetrieben, soweit diese nach Art, Menge oder Beschaffenheit nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen eingesammelt, befördert oder beseitigt werden können oder die Sicherheit der umweltverträglichen Beseitigung im Einklang mit dem Abfallwirtschaftsplan des Landes durch einen anderen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger oder Dritten gewährleistet ist (§ 20 Abs. 3 Satz 2 KrWG). Diese Abfälle sind in der als Anlage 1 zu dieser Satzung beigefügten Liste aufgeführt; die Liste ist Bestandteil dieser Satzung.
- (2) Der Verband kann den Ausschluss von der Entsorgung mit Zustimmung des Landrates als untere staatliche Verwaltungsbehörde widerrufen, wenn die Voraussetzungen für den Ausschluss nicht mehr vorliegen (§ 20 Abs. 3 Satz 3 KrWG).

§ 4

Sammeln von schadstoffhaltigen Abfällen

- (1) Abfälle aus privaten Haushaltungen, die wegen ihrer besonderen Schadstoffbelastung zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit einer getrennten Entsorgung bedürfen (gefährliche Abfälle i. S. d. § 3 Abs. 5 KrWG i. V. m. § 48 KrWG sowie der Abfall-Verzeichnis-Verordnung) werden von

dem Verband bei den von ihm betriebenen stationären Sammelstellen und/oder mobilen Sammelfahrzeugen angenommen. Dieses gilt auch für Kleinmengen vergleichbarer Abfälle aus Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben, soweit sie mit den in Satz 1 genannten Abfällen entsorgt werden können (§ 5 Abs. 3 LKrWG NRW). Diese Abfälle sind in der als Anlage 2 zu dieser Satzung beigefügten Liste aufgeführt; die Liste ist Bestandteil dieser Satzung. Gefährliche Abfälle sind gemäß § 9 a KrWG vom Abfallerzeuger (§ 3 Abs. 8 KrWG) bzw. Abfallbesitzer (§ 3 Abs. 9 KrWG) von anderen Abfällen getrennt zu halten und der Stadt/Gemeinde zu überlassen.

- (2) Gefährliche Abfälle im Sinne des § 3 Abs. 5 KrWG i.V.m. § 48 KrWG sowie der Abfallverzeichnis-Verordnung dürfen nur zu den vom Verband bekannt gegebenen Terminen und Uhrzeiten an den Sammelstellen und Sammelfahrzeugen angeliefert werden. Die Standorte der Sammelstellen und Sammelfahrzeuge werden vom Verband bekannt gegeben.
- (3) Die Einsammlung und Beförderung von Kleinmengen schadstoffhaltiger Abfälle aus Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen im Sinne des § 5 Abs. 3 LKrWG NRW ist auf den Bergischen Abfallwirtschaftsverband übertragen worden und wird von diesem wahrgenommen.

§ 5

Anschluss- und Benutzungsrecht

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet des Verbandes liegenden Grundstückes ist im Rahmen der §§ 2 bis 4 dieser Satzung berechtigt, von dem Verband den Anschluss seines Grundstückes an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung zu verlangen (Anschlussrecht).
- (2) Der Anschlussberechtigte und jeder andere Abfallbesitzer im Gebiet des Verbandes haben im Rahmen der §§ 2 bis 4 dieser Satzung das Recht, die auf ihren Grundstücken oder sonst bei ihnen anfallenden Abfälle der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen (Benutzungsrecht).

§ 6

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet des Verbandes liegenden Grundstückes ist verpflichtet, sein Grundstück an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung anzuschließen, wenn das Grundstück von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt wird (Anschlusszwang). Der Eigentümer eines Grundstückes als Anschlusspflichtiger und jeder andere Abfallbesitzer (z. B. Mieter, Pächter) auf einem an die kommunale Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstück ist verpflichtet, im Rahmen der §§ 2 bis 4 dieser Satzung die auf seinem Grundstück oder sonst bei ihm anfallenden Abfälle zur Beseitigung und Abfälle zur Verwertung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen (Benutzungszwang). Abfälle aus privaten Haushaltungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 1 KrWG i.V.m. § 2 Nr. 2 GewAbfV Abfälle, die in privaten Haushalten im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallstellen wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens.
- (2) Eigentümer von Grundstücken oder Abfallerzeuger/Abfallbesitzer auf Grundstücken, die nicht zu Wohnzwecken, sondern anderweitig z. B. gewerblich/industriell genutzt werden, haben gleichermaßen die Verpflichtungen nach Abs. 1, soweit auf diesen Grundstücken Abfälle zur Beseitigung im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 2, 2. Halbsatz KrWG anfallen. Sie haben nach § 7 Satz 4 der GewAbfV für gewerbliche Siedlungsabfälle im Sinne des § 2 Nr. 1 GewAbfV Abfallbehälter des Verbandes nach § 10 Abs. 2 Nr. 1 dieser Satzung in angemessenem Umfang nach den Festlegungen des § 11 dieser Satzung, mindestens aber einen Behälter, zu nutzen. Die Zuteilung des Gefäßvolumens für den Pflicht-Restabfallbehälter erfolgt auf der Grundlage der Maßgaben in § 11 Abs. 3 dieser Satzung. Gewerbliche Siedlungsabfälle sind nach § 2 Nr. 1 GewAbfV Siedlungsabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die in Kapitel 20 der Abfallverzeichnis-Verordnung aufgeführt sind, insbesondere gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfällen aus privaten

Haushaltungen aufgrund ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung ähnlich sind sowie Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen.

- (3) Der Anschluss- und Benutzungszwang nach Abs. 1 und Abs. 2 besteht auch für Grundstücke, die anderweitig z. B. gewerblich/industriell und gleichzeitig von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden (sog. gemischt genutzte Grundstücke). Die Nutzung eines gemeinsamen Restmüllbehälters durch die privaten Haushaltungen und die Erzeuger und Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen ist auf Antrag möglich.
- (4) Das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen kann im Einzelfall durch Ausnahmegenehmigung nach § 28 Abs. 2 KrWG durch die örtliche Ordnungsbehörde der Mitgliedskommune zugelassen werden. Alternativ kann das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen durch Allgemeinverfügung der Mitgliedskommune geregelt werden. Das Abbrennen von sog. Brauchtumsfeuern kann in einer ordnungsbehördlichen Verordnung der Mitgliedskommune geregelt werden.

§ 7

Ausnahmen vom Benutzungszwang

Ein Benutzungszwang nach § 6 besteht nicht,

- soweit Abfälle gemäß § 3 Abs. 1 dieser Satzung von der kommunalen Abfallentsorgung ausgeschlossen sind;
- soweit Abfälle einer Rücknahme- oder Rückgabepflicht aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG unterliegen und der Verband an deren Rücknahme nicht mitwirkt (§ 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 KrWG);
- soweit Abfälle in Wahrnehmung der Produktverantwortung nach § 23 KrWG freiwillig zurückgenommen werden, wenn dem zurücknehmenden Hersteller oder Vertreiber durch die zuständige Behörde ein Freistellungs- oder Feststellungsbescheid nach § 26 Abs. 3 oder Abs. 6 KrWG erteilt worden ist (§ 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KrWG);
- soweit Abfälle zur Verwertung, die nicht gefährlich i.S. von § 3 Abs. 5 KrWG sind, durch eine nach § 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, Satz 2, § 18 KrWG zulässige, gemeinnützige Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden;
- soweit Abfälle, die nicht gefährlich i.S.d. § 3 Abs. 5 KrWG sind, durch eine nach § 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4, Abs. 3, § 18 KrWG zulässige, gewerbliche Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden, wenn und soweit dies der zuständigen Behörde gemäß § 18 KrWG nachgewiesen wird und nicht überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen.

§ 8

Ausnahmen vom Anschluss- und Benutzungszwang an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung

- (1) Kein Anschluss- und Benutzungszwang an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung besteht bei Grundstücken, die von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden, soweit der/die Anschluss- und/oder Benutzungspflichtige schlüssig und nachvollziehbar nachweist, dass er/sie nicht nur willens, sondern auch fachlich und technisch in der Lage ist, alle auf dem Grundstück anfallenden kompostierbaren Stoffe ordnungsgemäß und schadlos im Sinne des § 7 Abs. 3 KrWG auf diesem Grundstück selbst so zu behandeln, dass eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere durch Gerüche oder Siedlungsungeziefer (z. B. Ratten), nicht entsteht (Eigenverwertung). Der Verband stellt auf der Grundlage der Darlegungen der/des Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen fest, ob eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 KrWG i.V.m. § 7 GewAbfV besteht.

- (2) Eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang besteht bei Grundstücken, die nicht zu Wohnzwecken, sondern anderweitig z. B. industriell oder gewerblich genutzt werden, wenn der Abfallerzeuger/Abfallbesitzer nachweist, dass er/sie die bei ihm/ihr anfallenden Abfälle zur Beseitigung in eigenen Anlagen beseitigt (Eigenbeseitigung) und keine überwiegenden öffentlichen Interessen eine Überlassung der Abfälle zur Beseitigung erfordern. Der Verband stellt auf der Grundlage der Darlegungen der/des Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen fest, ob eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2, 2. Halbsatz KrWG besteht.

§ 9

Selbstbeförderung zu Abfallentsorgungsanlagen

Erzeuger/Besitzer von Abfällen, deren Einsammeln und Befördern durch den Verband gemäß § 3 dieser Satzung ausgeschlossen ist, sind verpflichtet, ihre Abfälle zum Zwecke des Verwertens, Behandeln, Lagerns oder Ablagerns entsprechend der Satzung des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes über die Abfallentsorgung im Verbandsgebiet des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes in der jeweils gültigen Fassung zu der vom Bergischen Abfallwirtschaftsverband angegebenen Sammelstelle, Behandlungsanlage oder Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen. Soweit der Bergische Abfallwirtschaftsverband das Behandeln, Lagern oder Ablagern dieser Abfälle ebenfalls ausgeschlossen hat, sind die Abfälle zum Zwecke des Behandeln, Lagerns oder Ablagerns zu einer sonstigen dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen.

§ 10

Abfallbehälter und Abfallsäcke

- (1) Der Verband bestimmt nach Maßgabe der folgenden Vorschriften Art, Anzahl und Zweck der Abfallbehälter, sofern geboten deren Standplatz auf dem Grundstück, ob und wie die Abfälle voneinander getrennt zu halten sind sowie die Häufigkeit und Zeitpunkt der Abfuhr.
- (2) Für das Einsammeln von Abfällen sind folgende Abfallbehälter zugelassen:

1. Graue Abfallbehälter für Restabfall in den Gefäßgrößen

60 l
120 l
240 l
360 l

sowie Abfallbehälter für Restabfall in den Gefäßgrößen

1.100 l
2.500 l
5.000 l

2. Braune Abfallbehälter für Bioabfälle in den Gefäßgrößen

120 l
240 l
360 l

3. Grüne Abfallbehälter für Altpapier in den Gefäßgrößen

240 l
360 l
1.100 l

Maßgeblich für die Zuordnung der Abfallbehälter zu diesen Abfallfraktionen ist die Farbe des Gefäßdeckels.

4. Depotcontainer für Alttextilien und Altschuhe.

Die Standorte werden vom Bergischen Abfallwirtschaftsverband bekanntgegeben.

- (3) Abfälle, die im Rahmen der Einsammlung aufgrund § 14 des VerpackG anfallen, wie z.B. Kunststoffe, Metalle, Verbundstoffe, Leichtverpackungen und Glas werden durch die Dualen Systeme wie folgt gesammelt:

1. Gelbe Säcke mit einem Fassungsvermögen	von	90 l
2. Gelber Abfallbehälter mit einem Fassungsvermögen	von	240 l
3. Gelber Abfallbehälter mit einem Fassungsvermögen	von	1.100 l
4. Grüner Abfallbehälter mit einem Fassungsvermögen	von	240 – 1.100 l
5. Depotcontainer für Altglas		

§ 11

Anzahl und Größe der Abfallbehälter

- (1) Für jedes zu Wohnzwecken, gewerblichen oder industriellen Zwecken, gewerbeähnlichen Zwecken oder gemischt genutzte Grundstück ist jeweils mindestens ein Abfallbehälter nach § 10 Abs. 2 Nr. 1 vorzuhalten. Zusätzlich ist für jedes zu Wohnzwecken oder gemischt genutzte Grundstück mindestens ein Abfallbehälter nach § 10 Abs. 2 Nr. 3 vorzuhalten.
- (2) Jeder Grundstückseigentümer ist verpflichtet, pro mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldeten Grundstücksbewohner und Woche ein Mindestrestabfallvolumen von 7,5 Litern vorzuhalten. Die Ermittlung und Zuteilung des Gefäßvolumens der vorzuhaltenden Restabfallbehälter erfolgt auf der Grundlage des festgesetzten Mindestrestabfallvolumens pro gemeldetem Grundstücksbewohner und Woche. Dabei ist grundsätzlich die Anzahl der Grundstücksbewohner maßgeblich, die in der bei der örtlichen Meldebehörde geführten Einwohnerdatei mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldet sind. Restabfallbehälter werden grundsätzlich in der geringst möglichen Stückzahl zur Verfügung gestellt. Sofern Restabfallbehälter nicht entsprechend dem errechneten Volumen zur Verfügung gestellt werden können, werden Restabfallbehälter der nächst größeren, nach § 10 Abs. 2 Nr. 1 dieser Satzung zugelassenen Behältergröße zugeteilt und zur Verfügung gestellt.
- (3) Für die Abfuhr von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen wird der Behälterbedarf für Abfälle zur Beseitigung unter Zugrundelegung von Einwohnerequivalenzen ermittelt. Je Einwohnerequivalent wird ein Mindest-Gefäßvolumen von 7,5 Litern pro Woche zur Verfügung gestellt.

Einwohnerequivalente werden nach folgenden Maßgaben festgesetzt:

Unternehmen/Institution	je Platz/Beschäftigten / Bett	Einwohnergleichwert
a) Krankenhäuser, Kliniken und ähnliche Einrichtungen	je Bett/Platz	1
b) öffentl. Verwaltungen, Geldinstitute, Verbände, Krankenkassen, Versicherungen, selbständig Tätige der freien Berufe, selbständige Handels-, Industrie- und Versicherungsvertreter	je 3 Beschäftigte	1
c) Schulen, Kindergärten	je 3 Lehrer/innen je 3 Erzieher/innen je 10 Schüler/Kinder	1 1 1
d) Speisewirtschaften, Imbissstuben	je Beschäftigte/n	5
e) Gaststättenbetriebe, die nur als Schankwirtschaft konzessioniert sind, Eisdielen, Spielhallen	je Beschäftigte/n	2

f) Beherbergungsbetriebe	je 4 Betten	1
g) Lebensmitteleinzel- und -großhandel	je Beschäftigte/n	3
h) sonstige Einzel- u. Großhandelsbetriebe	je Beschäftigte/n	0,5
i) Industrie, Handwerk u. übrige Gewerbe	je Beschäftigte/n	0,5

- (4) Beschäftigte im Sinne des § 11 Abs. 3 sind alle in einem Betrieb Tätige (z. B. Arbeitnehmer, Unternehmer, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende) einschließlich Zeitarbeitskräfte. Halbtags-Beschäftigte und Beschäftigte, die weniger als die Hälfte der branchenüblichen Arbeitszeit beschäftigt sind, werden zu $\frac{1}{2}$ bei der Feststellung berücksichtigt.
- (5) Auf Grundstücken, auf denen Abfälle aus privaten Haushaltungen und Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen anfallen, die gemeinsam in einem Restmüllbehälter gesammelt werden können, wird das sich nach § 11 Abs. 3 berechnete Behältervolumen zu dem nach § 11 Abs. 2 zur Verfügung zu stellende Behältervolumen hinzugerechnet.
- (6) Das Regelvolumen für die Bestimmung von Anzahl und Größe der Abfallbehälter gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 3 dieser Satzung entspricht dem doppelten des gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 1 dieser Satzung bereitgestellten Restabfallvolumens.
- (7) Wird festgestellt, dass ein oder mehrere vorhandene Abfallbehälter für die Aufnahme einer regelmäßig anfallenden Abfallart (Restabfall, Bioabfall und Altpapier) nicht ausreichen und ist ein zusätzlicher Abfallbehälter oder ein Abfallbehälter mit größerem Fassungsvermögen nicht beantragt worden, so haben die Anschlusspflichtigen nach schriftlicher Aufforderung durch den Verband den/die erforderlichen Abfallbehälter aufzustellen. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, so haben sie die Aufstellung des/der erforderlichen Abfallbehälter(s) durch den Verband zu dulden. Das Gleiche gilt, wenn auf einem nach § 6 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 dieser Satzung anschlusspflichtigem Grundstück überhaupt kein Abfallbehälter vorgehalten wird.
- (8) Wird an mehreren Entleerungsterminen innerhalb eines Jahres festgestellt, dass Bioabfallbehälter oder Altpapierbehälter mit Restmüll oder anderen Abfällen falsch befüllt worden sind, so kann der Verband wegen der damit verbundenen Verhinderung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung dieser Abfälle die Bioabfall- und/oder Altpapierbehälter abziehen und durch Restmüllbehälter mit dem entsprechenden Fassungsvermögen der abgezogenen Bioabfall- und Altpapierbehälter ersetzen.

§ 12

Standplatz und Transportweg für Abfallbehälter

- (1) Die Abfallbehälter gemäß § 10 Abs. 2 dieser Satzung in den Gefäßgrößen 60 l, 120 l, 240 l und 360 l müssen am Tage der Abfuhr ab 06.00 Uhr mit der Aufnahmelasche zur Straße gewandt an der öffentlichen Straße stehen. Im Rahmen seines Organisationsermessens obliegt es dem Verband festzulegen, ob eine öffentliche Straße zum Zwecke der zur Entleerung bereitgestellten Abfallgefäße einseitig oder beidseitig von dem Sammelfahrzeug befahren wird. Kann das Sammelfahrzeug nicht an das Grundstück heranfahren oder ist die Anfahrt aus verkehrstechnischen Gründen nicht zumutbar, müssen der Grundstückseigentümer oder die von ihm beauftragte Person sowie die sonstigen Abfallbesitzer die Abfallbehälter an eine im o. a. Sinne durch das Sammelfahrzeug anfahrbare und zugängliche Stelle verbringen.
- (2) Die Abfallbehälter gemäß § 10 Abs. 2 in den Gefäßgrößen 1.100 l, 2.500 l und 5.000 l sind an den Abfuhrtagen so auf dem Grundstück bereitzuhalten, dass der Standplatz für das Sammelfahrzeug unmittelbar anfahrbar ist. Der Transport der Abfallbehälter nach Satz 1 vom o. a. Bereitstellungsplatz zum Sammelfahrzeug und zurück obliegt dem Abfuhrunternehmen.

- (3) Ist eine Veränderung der nach § 10 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 zugelassenen Abfallbehälter nach Anzahl und Größe von dem Eigentümer des an die Abfallentsorgungseinrichtung angeschlossenen Grundstückes beantragt oder ist die Veränderung nach § 11 Abs. 7 von Amts wegen vorzunehmen, so sind die Abfallbehälter zum Zwecke der Veränderung frei zugänglich auf dem an die Abfallentsorgungseinrichtung angeschlossenen Grundstück aufzustellen.

§ 13

Benutzung der Abfallbehälter

- (1) Die Abfallbehälter werden vom Verband gestellt und unterhalten. Sie bleiben in seiner Verfügungsgewalt.
- (2) Die Abfälle müssen in die vom Verband gestellten Abfallbehälter entsprechend deren Zweckbestimmung eingefüllt werden. Abfälle dürfen nicht in einer anderen Weise zum Einsammeln bereitgestellt oder neben die Abfallbehälter gelegt werden.
- (3) Der Grundstückseigentümer hat dafür zu sorgen, dass die Abfallbehälter allen Hausbewohnern zugänglich sind und ordnungsgemäß benutzt werden können.
- (4) Die Abfallbesitzer haben die Abfälle wie folgt zu trennen und zur Abfallentsorgung bereitzustellen:
 1. Nichtverschmutztes Altpapier und Kartonagen sind in den grünen Abfallbehälter (§ 10 Abs. 2 Nr. 3) einzufüllen, der für das Grundstück des Abfallbesitzers zur Verfügung steht und in diesem grünen Abfallbehälter zur Abholung bereitzustellen.
 2. Bioabfälle sollen, soweit möglich, der Eigenkompostierung zugeführt werden. Ansonsten sind die Bioabfälle, die für die Verarbeitung in der Vergärungs- und Kompostierungsanlage des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes geeignet sind, in den braunen Abfallbehälter (§ 10 Abs. 2 Nr. 2) einzufüllen, der für das Grundstück des Abfallbesitzers zur Verfügung steht und in diesem braunen Abfallbehälter zur Abholung bereitzustellen. Soweit keine Abfallbehälter nach § 10 Abs. 2 Nr. 2 bereitgestellt werden, können Fisch- und Fleischreste (auch Knochen) und Schalen von Eiern und Zitrusfrüchten in die Abfallbehälter nach § 10 Abs. 2 Nr. 1 eingefüllt werden.
 3. Pflanzliche Abfälle aus Gärten und Grünanlagen als sperrige Grünabfälle sind nach § 16 zur Abfuhr anzumelden und bereitzustellen.
 4. Abfälle, die im Rahmen der Einsammlung aufgrund § 14 des VerpackG anfallen (Glas, Metalle, Kunststoffe, Verbundstoffe und Leichtverpackungen), sind in die in § 10 Abs. 4 aufgeführten Säcke/Behälter/Depotcontainer einzufüllen. Papier, Pappe und Kartonagen sind gemäß Nr. 1 in den grünen Abfallbehälter (§ 10 Abs. 2 Nr. 3) einzufüllen, der auf dem Grundstück des Abfallbesitzers zur Verfügung steht und in diesem grünen Abfallbehälter zur Abholung bereitzustellen.
 5. Der verbleibende Restmüll ist in den grauen Restabfallbehälter oder einen Restabfallbehälter mit der Gefäßgröße 1.100 l, 2.500 l oder 5.000 l (§ 10 Abs. 2 Nr. 1) einzufüllen, der auf dem Grundstück des Abfallbesitzers zur Verfügung steht und in diesem grauen Abfallbehälter, bzw. in dem Restabfallbehälter mit der Gefäßgröße 1.100 l, 2.500 l oder 5.000 l zur Abholung bereitzustellen.
- (5) Die Abfallbehälter sind schonend zu behandeln, sie dürfen nur soweit befüllt werden, dass sich der Deckel noch schließen lässt. Abfälle dürfen nicht neben die Abfallbehälter geworfen oder gestellt werden. Abfälle dürfen nicht in den Abfallbehälter eingestampft oder in ihnen in einer Art und Weise verdichtet werden, so dass eine Entleerung am Abfallfahrzeug nicht mehr möglich ist, weil der Inhalt nicht mehr geschüttet werden kann und hierdurch der Entleerungsvorgang ausgeschlossen wird. Es ist nicht gestattet, brennende, glühende oder heiße Abfälle in Abfallbehälter zu füllen oder Abfälle im Abfallbehälter zu verbrennen.

- (6) Sperrige Gegenstände, Schnee und Eis sowie Abfälle, welche die Abfallbehälter oder das Sammelfahrzeug beschädigen oder ungewöhnlich verschmutzen können, dürfen nicht in die Abfallbehälter gefüllt werden.
- (7) Die Befüllung der Behälter darf jeweils folgende Gewichtsgrenzen nicht überschreiten:
- | | |
|------------------|----------|
| 60 l-Behälter | 20 kg |
| 120 l-Behälter | 40 kg |
| 240 l-Behälter | 80 kg |
| 360 l-Behälter | 120 kg |
| 1.100 l-Behälter | 350 kg |
| 2.500 l-Behälter | 800 kg |
| 5.000 l-Behälter | 1.600 kg |
- (8) Die Haftung für Schäden, die vor allem durch unsachgemäße Behandlung der Abfallbehälter oder durch Einbringen nicht zugelassener Gegenstände an den Sammelfahrzeugen entstehen, richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften.
- (9) Zur Vermeidung von Lärmbelästigungen dürfen die Depotcontainer nur werktags in der Zeit von 07.00 bis 20.00 Uhr benutzt werden. Wenn kommunale Festsetzungen der Mittagsruhe bestehen, sind diese ebenfalls zu beachten.

§ 14

Zulassung und Aufhebung einer Entsorgungsgemeinschaft

- (1) Auf schriftlichen Antrag der beteiligten Grundstückseigentümer kann eine Entsorgungsgemeinschaft für bis zu maximal drei benachbarte Grundstücke zugelassen werden, wobei das in § 11 Abs. 2 festgelegte Mindestrestmüllvolumen entsprechende Anwendung findet. Die Entsorgungsgemeinschaft kann für einen Abfallbehälter oder mehrere Abfallbehälter zugelassen werden und muss nicht sämtliche auf einem Grundstück anfallenden Abfallarten umfassen. Sie bewirkt, dass die beteiligten Grundstückseigentümer die für die Entsorgungsgemeinschaft zugelassenen Abfallbehälter benutzen dürfen und müssen, die Abfallentsorgungsgebühr hierfür jedoch zunächst nur einem Beteiligten in Rechnung gestellt wird. Die an der Entsorgungsgemeinschaft beteiligten Grundstückseigentümer haften gegenüber dem Verband im Hinblick auf die zu zahlende Abfallentsorgungsgebühr als Gesamtschuldner im Sinne der §§ 421 ff BGB.
- (2) Eine Entsorgungsgemeinschaft endet, wenn einer der in der Gemeinschaft zugelassenen Grundstückseigentümer die Beendigung der Entsorgungsgemeinschaft für sein Grundstück schriftlich beantragt und der Verband dem Antrag zustimmt. Die Aufhebung wird mit dem Beginn des übernächsten Monats, der dem Antragseingang folgt, wirksam.

§ 15

Häufigkeit der Leerung

- (1) Die zur Entleerung bereitgestellten Abfallbehälter werden grundsätzlich wie folgt entleert:
1. Die grauen Abfallbehälter für Restabfall in den Gefäßgrößen 60 Liter, 120 Liter, 240 Liter und 360 Liter werden im 4-Wochen-Rhythmus entleert.
 2. Die Abfallbehälter für Restabfall in den Gefäßgrößen 1.100 Liter, 2.500 Liter und 5.000 Liter werden im 2-Wochen-Rhythmus entleert.
 3. Die braunen Abfallbehälter für Bioabfälle werden im 2-Wochen-Rhythmus entleert. Aus hygienischen Gründen erfolgt die Entleerung in der wärmeren Jahreszeit wöchentlich; näheres regelt der Abfallkalender des Verbandes.
 4. Die grünen Abfallbehälter für Altpapier werden im 4-Wochen-Rhythmus entleert.

5. Die gelben Säcke/gelben Abfallbehälter, insbesondere für Verkaufsverpackungen aus Metall, Kunststoffen, Verbundstoffen, Leichtverpackungen werden im 4-Wochen-Rhythmus abgeholt/entleert.
- (2) Der Verband gibt die Termine für die Einsammlung von Abfällen und verwertbaren Stoffen rechtzeitig bekannt.

§ 16

Sperrmüll, Elektro- und Elektronik-Altgeräte, Metalle, Textilien- und Schuhe und sperrige Grünabfälle

- (1) Sperrige Abfälle (Sperrmüll ohne Elektro- und Elektronik-Altgeräte), die wegen ihres Umfangs oder ihres Gewichts nicht in die nach dieser Satzung zugelassenen Abfallbehälter eingefüllt werden können, werden auf schriftliche Anmeldung von dem Verband außerhalb der regelmäßigen Abfallentsorgung getrennt abgefahren. Sperrige Abfälle, die wegen ihres Gewichtes, ihrer Größe oder Beschaffenheit zu Personenschäden bei den Müllwerkern oder zu Schäden am Sammelfahrzeug führen oder in das Sammelfahrzeug nicht eingefüllt werden können, sind von der Abfallentsorgung ausgeschlossen. Nicht zum Sperrmüll gehören z.B. in Säcke und Kartons verpackter Abfall, aus Gebäudeerweiterungen, Umbauten, Gebäuderenovierungen und Wohnungs- und Haushaltsauflösungen. Die Geschäftsführung regelt die weiteren Einzelheiten der Sperrmüllabfuhr und gibt sie über die Internetseiten des ASTO bekannt.
- (2) Große Elektro- und Elektronik-Altgeräte und Metalle aus Haushalten werden auf schriftliche Anmeldung außerhalb der regelmäßigen Abfallentsorgung getrennt abgefahren und sind vom sonstigen Abfall, insbesondere Sperrmüll, gesondert zur Abholung vor dem Grundstück bereitzustellen; zum Schutz der Müllwerker und der Sammelfahrzeuge gelten die Regelungen des § 16 Abs. 1 Satz 2 bis 4 dieser Satzung. Hierzu gehören nicht kleine Elektro- und Elektronik-Altgeräte, die gemäß § 4 Abs. 1 dieser Satzung über das Schadstoffmobil oder die Depotcontainer des BAV für Elektrokleingeräte zu entsorgen sind. Kleine und große Elektro- und Elektronik-Altgeräte können zusätzlich über die zentrale Sammelstelle des Entsorgungszentrums Leppe in Lindlar-Remshagen sowie bei den im Abfallkalender angegebenen Annahmestellen / Wertstoffhöfen abgegeben werden. Altbatterien i. S. d. § 2 Abs. 9 BattG sind vom Endnutzer (§ 2 Abs. 13 BattG) als Besitzer von Altbatterien gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 BattG vom unsortierten Siedlungsabfall einer getrennten Erfassung zuzuführen. Dieses gilt gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 BattG nicht für Altbatterien, die in andere Produkte fest eingebaut worden sind. Der Verband informiert darüber, in welcher Art und Weise die getrennte Rücknahme von Altbatterien gemäß § 13 Abs. 1 BattG durchgeführt wird.
- (3) Sperrige Grünabfälle sind pflanzliche Abfälle aus Gärten und Parkanlagen, die wegen ihres Umfangs nicht in die Bioabfallbehälter eingefüllt werden können. Sperrige Grünabfälle werden auf schriftliche Anforderung außerhalb der regelmäßigen Abfallentsorgung getrennt abgefahren. Zur Abfuhr angemeldete sperrige Grünabfälle sind in gebündelter Form (ca. 1,5 m Länge) am Straßenrand bereitzustellen. Die jeweilige Abfuhrmenge darf 3 m³ pro Anmeldung nicht überschreiten. Hierzu gehören z.B. nicht in Säcke und Kartons verpackte Grünabfälle.
- (4) Sperrige Abfälle (Sperrmüll), große Elektro- und Elektronik-Altgeräte, Metalle und sperrige Grünabfälle werden getrennt und nur auf vorherige Anmeldung abgefahren. Anmeldeberechtigt sind die Eigentümer und andere Abfallbesitzer (z.B. Mieter, Pächter) eines an die kommunale Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstücks. Die Geschäftsführung regelt Formen und Fristen der Anmeldeverfahren anforderungsgerecht. Zur Abfuhr angemeldete sperrige Abfälle, große Elektro- und Elektronik-Altgeräte, Metalle und sperrige Grünabfälle sind am Abfuhrtag ab 6.00 Uhr an der öffentlichen Straße bereitzustellen. Diese Abfälle dürfen frühestens am Tag vor dem Abholtag bereitgestellt werden. Kann das Sammelfahrzeug nicht an das Grundstück heranfahren oder ist die Anfahrt aus verkehrstechnischen Gründen nicht zumutbar, müssen der Grundstückseigentümer oder die von ihm beauftragte Person sowie die sonstigen Abfallbesitzer die Abfälle nach Satz 1 an eine im o. a. Sinne durch das Sammelfahrzeug anfahrbare und zugängliche Stelle verbringen.
- (5) Textilien und Schuhe werden durch Depotcontainer und Straßensammlungen erfasst.

§ 17

Anzeige- und Überprüfungspflichten

- (1) Der Grundstückseigentümer hat dem Verband den erstmaligen Anfall von Abfällen, die voraussichtliche Abfallmenge, die Anzahl der auf dem Grundstück wohnenden Personen sowie jede wesentliche Veränderung der anfallenden Abfallarten, der Abfallmenge, der auf dem Grundstück wohnenden Personenzahl und die tatsächlich vorhandene Anzahl von Abfallbehältern unverzüglich anzuzeigen.
- (2) Wechselt der Grundstückseigentümer oder verändern sich die Eigentumsverhältnisse, so sind sowohl der/die bisherige(n) als auch der/die neue(n) Eigentümer verpflichtet, den Verband hiervon unverzüglich zu benachrichtigen.
- (3) Abfallbehälterveränderungen (Auslieferung, Abholung und Wechsel, auch bei saisonal genutzten Behältern) sind jeweils frühestens einen Monat vor der gewünschten Umstellung schriftlich beim Verband zu beantragen.

§ 18

Auskunftspflicht, Betretungsrecht, Duldungspflicht

- (1) Der Grundstückseigentümer, der Nutzungsberechtigte und der Abfallbesitzer/Abfallerzeuger sind verpflichtet, über § 17 hinaus alle für die Abfallentsorgung erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Hierzu gehört insbesondere die Mitteilung über die Anzahl der Plätze, der Beschäftigten (gegliedert nach Voll- und Teilzeitbeschäftigten) und der Betten gemäß § 11 Abs. 4 dieser Satzung.
- (2) Die Beauftragten des Verbandes haben das Recht, im Rahmen des § 19 Abs. 1 KrWG Grundstücke zu betreten. Dieses Betretungsrecht dient der Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden. Dies gilt insbesondere für die Bereiche, in denen Abfälle anfallen. Auf den Grundstücken etwa vorhandene Sammelstellen für Abfälle müssen zu diesem Zweck jederzeit zugänglich sein. Das Betretungsrecht schließt insbesondere die Überwachung und Kontrolle der ordnungsgemäßen und schadlosen Eigenverwertung von Abfällen auf den Grundstücken privater Haushaltungen ein, soweit der Verband als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger die Überwachung und Kontrolle im Einzelfall als erforderlich ansieht. Das Betretungsrecht besteht auch für die Vornahme von beantragten oder von Amts wegen durchzuführenden Abfallbehälterveränderungen.
- (3) Die Eigentümer und Besitzer von Grundstücken, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen, sind nach § 19 Abs. 1 Satz 1 KrWG verpflichtet, das Aufstellen von Abfallbehältern auf ihrem Grundstück zu dulden.
- (4) Die Anordnungen der Beauftragten des Verbandes sind zu befolgen. Wird einer Anordnung nicht innerhalb einer angemessenen Frist entsprochen, so ist der Verband berechtigt, die notwendigen Zwangsmittel nach §§ 55 ff des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden, insbesondere die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Anschlussberechtigten durchzuführen oder von anderen durchführen zu lassen.
- (5) Die Beauftragten haben sich durch einen von dem Verband ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.
- (6) Personen, die gemäß § 4 schadstoffhaltige Abfälle aus Haushaltungen zu den Sammelfahrzeugen bringen, haben sich auf Verlangen den Bediensteten/Beauftragten des Abfuhrunternehmers oder des Verbandes auszuweisen.
- (7) Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 Abs. 1 Grundgesetz) wird insoweit durch § 19 Abs. 1 Satz 3 KrWG eingeschränkt.

§ 19

Unterbrechung der Abfallentsorgung

- (1) Unterbleibt die dem Verband obliegende Abfallentsorgung bei vorübergehenden Einschränkungen (z.B. zugeparkte Straßen/Abfallbehälter), Unterbrechungen oder Verspätungen infolge von Betriebsstörungen, Witterungseinflüssen, Streiks, betriebsnotwendigen Arbeiten oder behördlichen Verfügungen, werden die erforderlichen Maßnahmen, sofern möglich, nach Vorgabe des Verbandes nachgeholt.
- (2) In Fällen des Absatzes 1 besteht kein Anspruch auf Ermäßigung der Gebühren oder auf Schadensersatz.

§ 20

Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung/Anfall der Abfälle

- (1) Die gebührenpflichtige Benutzung (Inanspruchnahme) der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtungen beginnt, wenn dem anschluss- und benutzungspflichtigen Grundstückseigentümer die nach dieser Satzung festgelegten Abfallbehälter zur Verfügung gestellt werden oder auf dem Grundstück vorhanden sind, diese zur Abfallüberlassung bereitgestellt werden und das an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung angeschlossene Grundstück mit Entsorgungsfahrzeugen zur Entleerung der Abfallbehälter angefahren wird.
- (2) Abfälle gelten zum Einsammeln und Befördern als angefallen, wenn die Voraussetzungen des Abfallbegriffs gemäß § 3 Abs. 1 KrWG erstmals erfüllt sind.
- (3) Der Verband ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen suchen zu lassen. Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt.
- (4) Unbefugten ist nicht gestattet, angefallene und zur Abholung bereitgestellte Abfälle zu durchsuchen oder wegzunehmen.

§ 21

Abfallentsorgungsgebühren

Für die Benutzung (Inanspruchnahme) der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung des Verbandes und die sonstige Erfüllung abfallwirtschaftlicher Aufgaben durch den Verband werden Abfallentsorgungsgebühren nach der Gebührensatzung für die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung des Abfall- Sammel- und Transportverbandes Oberberg (ASTO) in der jeweils gültigen Fassung erhoben.

§ 22

Andere Berechtigte und Verpflichtete

Die sich aus dieser Satzung für die Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend für Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer, Wohnungs- und Nutzungsberechtigte im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes, Nießbraucher sowie alle sonstigen zum Besitz eines Grundstücks dinglich Berechtigten. Die Grundstückseigentümer werden von ihren Verpflichtungen nicht dadurch befreit, dass neben ihnen andere Anschluss- und Benutzungspflichtige vorhanden sind.

§ 23

Begriff des Grundstücks

Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 24

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Unbeschadet der im Bundes- oder Landesrecht getroffenen Regelungen handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig dieser Satzung zuwiderhandelt, indem er
1. nach § 3 dieser Satzung ausgeschlossene Abfälle dem Verband zum Einsammeln oder Befördern überlässt;
 2. auf seinem Grundstück oder sonst bei ihm anfallende Abfälle der öffentlichen Abfallentsorgung nicht überlässt (§ 6 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3);
 3. von dem Verband bestimmte Abfallbehälter gemäß § 10 dieser Satzung zum Einfüllen von Abfällen nicht benutzt;
 4. für bestimmte Abfälle vorgesehene Behälter entgegen § 13 Abs. 4 dieser Satzung mit anderen Abfällen befüllt;
 5. Abfallbehälter entgegen den Befüllungsvorgaben in § 13 Abs. 2, Abs. 4 bis Abs. 7 und Abs. 9 dieser Satzung befüllt;
 6. den erstmaligen Anfall von Abfällen oder wesentliche Veränderungen der Abfallmenge gemäß § 17 dieser Satzung nicht unverzüglich anmeldet;
 7. entgegen § 18 dieser Satzung erforderliche Auskünfte nicht erteilt oder ungehinderten Zutritt zu den Grundstücken nicht gewährt;
 8. anfallende Abfälle entgegen § 20 Abs. 2 i. V. m. § 20 Abs. 4 dieser Satzung unbefugt durchsucht oder wegnimmt;
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 EUR geahndet werden, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen hierfür eine höhere Geldbuße vorsehen.

§ 25

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Die Satzung tritt zum 01. Januar 2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfall- Sammel- und Transportverbandes Oberberg (ASTO) vom 18. Dezember 2012 i.d.F. des V. Nachtrags außer Kraft.

Anlage 1 zur Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfall- Sammel- und Transportverbandes Oberberg (ASTO) (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 dieser Satzung)

Anlage 2 zur Satzung über die Abfallentsorgung des Abfall- Sammel- und Transportverbandes Oberberg (ASTO) (§ 4 Abs. 1 dieser Satzung)

Anlage 1

Anlage zu § 3 Abs. 1 Nr. 2 der Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfall- Sammel- und Transportverbandes Oberberg (ASTO)

Abfälle aus Gerbereien

Abfälle aus der Zelluloseherstellung und -verarbeitung

Abfälle von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln mit hoher Toxizität

Altöle

Autowracks

Altreifen

Detergentien- und Waschmittelabfälle

Emulsionen und Schlämme mit pflanzlichen und tierischen Fettprodukten

Erdaushub, Bauschutt, Baumischabfälle

Explosivstoffe

Fäkalien aus Hauskläranlagen

Farben

Flüssige Abfälle aus pflanzlichen und tierischen Ölen, Fetten und Wachsen

Galvanikschlämme, soweit sie nicht entgiftet und neutralisiert sind oder soweit sie höhere Anteile an NE-Metall-Hydroxiden wie Cadmium, Zink, Kupfer, Thallium etc. enthalten.

Geruchsintensive Nahrungs- und Genussmittelabfälle, wie z. B. Würzmittel- und Humintrückstände

Katalysatoren, soweit sie umweltschädigende Schadstoffkomponenten enthalten

Kunststoffschlämme, Gummischlämme und -emulsionen

Lacke

Lösungsmittel und Lösungsmittelgemische sowie lösungsmittelhaltige Schlämme

Metallurgische Schlacken und Krätzen mit umweltschädigenden Inhaltsstoffen

Mineralische Schlämme mit umweltschädigenden Inhaltsstoffen, wie z. B. Gichtgasschlamm

Mineralöle, Mineralölschlämme, Fette, Wachse sowie Emulsionen und Gemische aus Mineralölprodukten

NE-Metallabfälle und -schlämme mit umweltschädigenden Inhaltsstoffen, wie z. B. Bleiabfälle, -staub und Cadmium

Pflanzliche Abfälle von landwirtschaftlich genutzten Grundstücken mit Ausnahme pflanzlicher Abfälle aus Haus- und Schrebergärten (Kleingartenabfälle)

Salze mit umweltschädigenden Inhaltsstoffen, wie z. B. Härtesalze, Brüniersalze und Jarositschlämme

Säuren, Laugen und Konzentrate

Tierische Fäkalien, wie z. B. Schweinegülle, Pferdedung, Dung aus Kleintierhaltung und ähnlichem.

Schlachtabfälle außer Abfällen, die nicht weiter zu Fleisch-, Blut- und Knochenmehl verarbeitet werden können, wie z. B. Geflügelfedern, -köpfe und -beine

Schlagabraum

Textilfarben- und Wäschereischlämme sowie Filter und Verpackungsmaterial mit schädlichen Verunreinigungen

Folgende Abfälle aus Krankenhäusern, Arztpraxen und sonstigen Einrichtungen des medizinischen Bereiches:

- Körperteile und Organabfälle aus dem Bereich der Pathologie, Chirurgie, Gynäkologie und Geburtshilfe, Blutbank u. a.
- Versuchstiere
- Streu und Exkremente aus Tierversuchsanstalten durch die eine Übertragung von Krankheitserregern zu besorgen ist

Im Zweifelsfall gilt die Anlage 1 zur Abfallentsorgungssatzung des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes in der jeweils gültigen Fassung.

Anlage 2

Anlage zu § 4 Abs. 1 der Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfall- Sammel- und Transportverbandes Oberberg (ASTO)

Schadstoffhaltige Abfälle, die beim Schadstoffmobil angenommen werden:

- Altbatterien und –akkus (nur Gerätebatterien/-akkus)
- Behältnisse mit schädlichen Restanhaftungen
- Farben
- Lacke
- Fotochemikalien
- Klebstoffe
- Leime
- Laborchemikalien
- Laugen
- Basen
- Gasentladungslampen (Leuchtstoffröhren)
- Lösemittel
- Medikamente
- Pflanzenschutzmittel
- quecksilberhaltige Abfälle
- Säuren
- Salze
- kleine Elektro – und Elektronik- Altgeräte

2. Bekanntmachung der Entsorgungssatzung

Die vorstehende Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfall- Sammel- und Transportverbandes Oberberg (ASTO) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die vorstehende Satzung ist dem Landrat des Oberbergischen Kreises als untere staatliche Verwaltungsbehörde mit Schreiben vom 20. November 2023 zur Zustimmung der Regelungen zum Ausschluss von Abfällen in § 3 i.V.m. § 4 der neugefassten Entsorgungssatzung vorgelegt worden.

Der Landrat hat mit Schreiben vom 23. November 2023, Aktenzeichen LS/05/51-I-ZV-131, die Zustimmung zum Ausschluss von Abfällen gemäß § 20 Abs. 2 KrWG erteilt.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der GO NRW beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Verbandsvorsteher hat den Beschluss der Verbandsversammlung vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Verband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Gummersbach, den 28. November 2023

gez.

R. Halding-Hoppenheit
Verbandsvorsteher